

# **Verteidigung des Rechtsstaats gegen eine totalitäre Ideologie**



## **Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei zum Islam und Islamismus in der Schweiz**

14. Juni 2021

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Ausgangslage.....</b>	<b>3</b>
<b>2. Die Probleme mit dem Islam – und was wir dagegen tun müssen .....</b>	<b>5</b>
<b>2.1 Der Islamismus ist eine totalitäre Ideologie – Verbot des politischen Islam und Einführung eines Islamgesetzes.....</b>	<b>5</b>
<b>2.2 Die Unterdrückung von Frauen und Mädchen – Stopp der Benachteiligung und Misshandlung .....</b>	<b>6</b>
<b>2.3 Die Moscheen als Brutstätten des Extremismus – Radikalisierung und Terror verhindern.....</b>	<b>8</b>
<b>2.4 Islamistische Drehscheibe Schweiz – Einflüsse und Geldflüsse aus dem Ausland unterbinden .....</b>	<b>9</b>
<b>2.5 Die schwierige Integration muslimischer Migranten – Politik der Nulltoleranz und Stärkung der Reformkräfte .....</b>	<b>10</b>
<b>3. Fazit und Zusammenfassung der Forderungen.....</b>	<b>12</b>

## 1. Ausgangslage

Am 7. März 2021 hat der Schweizer Soverän die Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot" mit 51.2 Prozent der Stimmen angenommen. Stolze 20 von 26 Kantonen stimmten dem SVP-Anliegen zu. Das ist ein deutliches Zeichen gegen den "politischen Islam"<sup>1</sup>. Bestätigt wurde das islamkritische Votum des Schweizer Volks am 13. Juni durch die Annahme des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT). Dieser jüngste Volksentscheid fiel mit 56.58 Prozent Ja-Stimmen sogar noch deutlicher aus.

Die Diskussion um den Islam in der Schweiz und die Gefahren, die vom islamischen Extremismus für den Rechtsstaat ausgehen, ist damit neu entfacht.

Denn der Islam ist hierzulande eine Realität. Die muslimische Bevölkerung in unserem Land hat sich in den letzten Jahrzehnten mehr als verzwanzigfacht. 1970 lebten hier 16'353 Muslime<sup>2</sup>, im Jahr 2019 waren es bereits 391'703<sup>3</sup>. In relativen Zahlen macht die muslimische Bevölkerung mehr als 5 Prozent der über 15-jährigen Einwohner aus.<sup>4</sup> Damit bilden die Muslime die grösste nichtchristliche Glaubensgemeinschaft.<sup>5</sup>

In den Fokus geraten die Muslime aber nicht nur wegen ihrer schieren Zahl, sondern auch wegen problematischer Erscheinungen wie dem islamischen Fundamentalismus, Hasspredigern in den Moscheen, Schweizer Dschihad-Fahrern oder der Unterdrückung von Frauen und Mädchen, wie sie sich beispielsweise in der Gesichtsverhüllung, in Zwangsheiraten oder Genitalverstümmelungen zeigt. Selbst von islamistisch motivierten Terroranschlägen wie den Messerattacke von Morges und Lugano im Herbst 2020 bleibt die Schweiz nicht verschont.

In Nachbarstaaten wie Frankreich oder in anderen europäischen Ländern wie Grossbritannien oder Schweden sind die Verhältnisse noch viel alarmierender. Dort haben sich regelrechte Parallelgesellschaften herausgebildet, die ausserhalb des Rechtsstaats nach archaischen Sitten und Gebräuchen leben, indem sie etwa mitten in London oder Paris das Scharia-Recht anwenden.

Gleichzeitig nehmen Hass, Rassismus und Gewalttaten aus religiös-ideologischen Motiven zu. So verzeichnet Israel in der jüngeren Vergangenheit einen starken Zustrom von Immigranten ausgerechnet aus Frankreich – aus dem beunruhigenden Grund, dass sich die jüdischen Franzosen im Land von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit seiner starken muslimischen Immigration nicht mehr sicher fühlen.<sup>6</sup>

So weit ist es in der Schweiz (noch) nicht. Auch soll nicht ausser Acht gelassen werden, dass sich die Mehrzahl der hier lebenden Muslime an die geltenden Gesetze hält und viele von ihnen einen wertvollen Beitrag zum Wohlergehen unseres Landes leisten. Dies darf aber nicht dazu führen, dass wir die Augen vor den realen

<sup>1</sup> <https://www.nzz.ch/meinung/ein-nein-zum-symbol-des-politischen-islams-ld.1605412?reduced=true>

<sup>2</sup> Muslime in der Schweiz. Identitätsprofile, Erwartungen und Einstellungen. Eine Studie der Forschungsgruppe «Islam in der Schweiz» (GRIS), Bern 2010, S. 20.

<sup>3</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/322694/umfrage/anzahl-der-muslime-in-der-schweiz-nach-kantonen/>

<sup>4</sup> <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/sprachen-religionen/religionen.html>

<sup>5</sup> <https://www.unilu.ch/fakultaeten/ksf/institute/zentrum-religionsforschung/religionen-schweiz/religionen/>

<sup>6</sup> <https://www.jewishvirtuallibrary.org/total-immigration-to-israel-by-country-per-year>

Problemen verschliessen. Es ist offenkundig, dass der oft aggressiv auftretende Islam weltweit und auch in der Schweiz ungleich mehr Probleme verursacht als etwa der Buddhismus oder andere Weltreligionen.

Ein Grundproblem im Zusammenhang mit dem Islam besteht darin, dass er Religion und Politik, Kirche und Staat nicht trennt. Während diese grundlegende Unterscheidung seit den mörderischen Glaubenskriegen des 17. Jahrhunderts und der Epoche der Aufklärung die abendländische Tradition bestimmt, zeichnet sich der Islam gerade dadurch aus, dass er nicht nur eine religiöse, sondern eben auch eine politische Bewegung ist. Das gilt insbesondere für den radikalen Islam oder Islamismus, der in den vergangenen Jahrzehnten zu einem hochexplosiven globalen Gefahrenherd geworden ist. Man denke nur an die Terrorattacken auf New York und Washington am 11. September 2001 mit Tausenden von Toten oder die unzähligen blutigen Terroranschläge der letzten Jahre im Herzen Europas.

Dies alles zeigt mit schmerzhafter Deutlichkeit: Der radikale Islam ist eine religiös-politische Ideologie mit totalitären Zügen und grosser Sprengkraft – nicht nur in der islamischen Welt. Durch die starken Migrationsströme der letzten Jahre und Jahrzehnte wurden und werden die damit verbundenen Probleme in die westlichen Demokratien exportiert. Auch in die Schweiz.

Angesichts dieser Herausforderungen kann die Politik nicht einfach den Kopf in den Sand stecken oder jede kritische Diskussion über die problematischen Seiten des Islam aus politischer Korrektheit im Keim ersticken (der Vorwurf der «Islamophobie» ist als Totschlagargument immer schnell zur Hand, wenn kritische Fragen im Zusammenhang mit dem Islam gestellt werden).

Die falsche Toleranz gegenüber den teils massiven Problemen mit dem Islam zeigt sich deutlich auch im Stimmverhalten im Parlament. Die SVP hat in den letzten Jahren zahlreiche Vorstösse gegen den politischen Islam und für mehr Sicherheit eingereicht, die von Links-Grün und weiteren unzuverlässigen Kräften systematisch abgelehnt wurden.<sup>7</sup>

Diese unverantwortliche Laissez-Faire-Politik gefährdet die innere Sicherheit und die demokratischen Grundlagen der Schweiz. Es gilt, die Probleme nüchtern zu analysieren und darauf vernünftige und wirksame Antworten zu finden – bevor es zu spät ist.

Dies gilt umso mehr, als die muslimische Bevölkerung aufgrund der anhaltend starken Einwanderung und höherer Reproduktionsraten weiter rasant zunimmt. So könnten in der Schweiz im Jahr 2050 gemäss wissenschaftlichen Prognosen bereits über 1,5 Millionen Muslime leben!<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Abgelehnt wurde – um nur einige zu nennen – etwa folgende Vorstösse: Motion 19.3306 "Kein Rückkehrrecht für 'Dschihad-Touristen'", Motion 19.3301 "Systematische Ausbürgerung von 'Dschihad-Touristen' mit doppelter Staatsbürgerschaft", Motion 17.3585 "Verbot der salafistischen Organisation 'Lies!' und Unterbindung der Verbreitung von dschihadistischem Gedankengut", Motion 16.3550 "Integrationsverweigerern die Aufenthaltsgenehmigung entziehen" u.v.a.m.

<sup>8</sup> <https://www.pewforum.org/2017/11/29/europes-growing-muslim-population/>. <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/so-viele-muslime-leben-2050-in-der-schweiz/story/22274604>

Im vorliegenden Positionspapier setzt sich die SVP mit den Herausforderungen durch den Islam und dessen extremistischen Strömungen auseinander – und sie stellt konkrete politische Forderungen auf, um die negativen Entwicklungen zu stoppen.

Denn wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Demokratie, unser Rechtsstaat und unsere verfassungsmässig garantierten Freiheitsrechte unter Druck geraten und missachtet werden und dass das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen und Religionen in der Schweiz vergiftet wird.

## **2. Die Probleme mit dem Islam – und was wir dagegen tun müssen**

### **2.1 Der Islamismus ist eine totalitäre Ideologie – Verbot des politischen Islam und Einführung eines Islamgesetzes**

In seinem Leitartikel zur Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot" schrieb NZZ-Chefredaktor Eric Gujer: "Burka und Nikab sind die Wahrzeichen einer totalitären Ideologie – deshalb gehören sie verboten."<sup>9</sup> Der Islamismus sei "keine abstrakte, sondern eine reale Gefahr" für unser Land.

Damit ist im liberalen Leitmedium der Schweiz angekommen, wovon wachsame Geister seit Jahren warnen. Die deutsche Feminismus-Ikone Alice Schwarzer sagt: "Islamisten geht es um Macht, nicht um Glauben."<sup>10</sup> Uns drohe ein «neuer Totalitarismus, tödlich, antisemitisch und fundamentalistisch».

Tatsächlich weist der islamische Fundamentalismus, der wie der Nationalsozialismus und der Stalinismus im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts entstanden ist, totalitäre Züge auf. Er ist eine politische Ideologie<sup>11</sup> im Gewand des Glaubens, die sämtliche Lebensbereiche durchdringt und reglementiert, von den starren Geschlechterrollen über den Kopftuch- und Verhüllungszwang für Mädchen und Frauen bis zur Einteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige und den daraus abgeleiteten "Heiligen Krieg" ("Dschihad"). Die Vorstellung vom Islam als einem allumfassenden Lebensprinzip geht insofern direkt auf den Koran zurück, als dieser den Anspruch erhebt, "Anleitung auch für das politische Leben" zu sein.<sup>12</sup> Mit anderen Worten: Die Grenzen zwischen Islam und Islamismus sind fließend.

Damit ist ein Grundproblem in der Auseinandersetzung mit dem Islam bezeichnet: Wir neigen im Westen dazu, den Islam aufgrund unserer eigenen Geschichte mit der historischen Trennung von Kirche und Staat als reine Religion aufzufassen. Dabei übersehen wir leicht, dass der Islam eben oft auch eine politische Bewegung ist, die nach Machtergreifung strebt und ihre eigene soziale und politische Ordnung durchsetzen will. Diese Ordnung steht in fundamentalem Widerspruch zu unserem Rechtsstaat und unseren freiheitlichen Werten.

Auf diese Herausforderung einer gewaltbereiten totalitären Ideologie, die alles verachtet und verneint, was den liberalen demokratischen Rechtsstaat ausmacht, sind wir nicht ausreichend vorbereitet. Die rechtlichen Instrumente, die heute in der

<sup>9</sup> <https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick-weshalb-burka-und-nikab-verboden-gehoren-ld.1602514?reduced=true>

<sup>10</sup> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article12347321/Islamisten-geht-es-um-Macht-nicht-um-Glauben.html>

<sup>11</sup> <https://www.kas.de/de/web/islamismus/islamismus-als-politische-ideologie>

<sup>12</sup> Ebd.

Schweiz zur Bekämpfung des islamischen Extremismus zur Verfügung stehen, genügen nicht.

Gefordert ist aber auch die Justiz. Selbst die härtesten und besten Gesetze nützen nichts, wenn sie nicht konsequent angewendet werden. Richter, die Gefährder in Gruppentherapien statt zurück ins Herkunftsland oder ins Gefängnis schicken – so geschehen beim Attentäter von Wien – tragen ihrerseits zur Gefährdung der Sicherheit bei.

**Um die staatsgefährdenden Tendenzen des politischen Islam zu unterbinden, fordert die SVP:**

- ein Verbot des politischen Islam<sup>13</sup>
- die Auflösung von Vereinigungen, die den politischen Islam verbreiten
- die Schliessung von Moscheen und islamischen Kulturzentren, in denen der politische Islam propagiert wird
- die Ausweisung von ausländischen Personen, die in der Schweiz den Boden für den politischen Islam und damit die Abschaffung des Rechtsstaats bereiten
- die Einführung eines Islamgesetzes nach österreichischem Vorbild, welches die Rechte und Pflichten für die islamischen Religionsgemeinschaften festlegt und die Massnahmen bündelt. Bestandteile dieses Islamgesetzes müssen u.a. sein:
  - der absolute Vorrang des Schweizer Gesetzes gegenüber muslimischen Regeln und der Lehre
  - das Recht der Muslime auf religiöse Betreuung unter strengen Bedingungen: keine ausländischen Imame und Seelsorger; keine Finanzierung aus dem Ausland; Abschluss eines theologischen Studiums als Voraussetzung; Deutschkenntnisse auf Maturaniveau
  - die Verpflichtung der islamischen Glaubensgemeinschaften, Funktionsträger ihres Amtes zu entheben, wenn sie sich strafbar machen oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie die Rechte und Freiheiten anderer gefährden

## **2.2 Die Unterdrückung von Frauen und Mädchen – Stopp der Benachteiligung und Misshandlung**

In islamischen Gesellschaften gilt die Frau allgemein als Wesen zweiter Ordnung. Der Ehemann betrachtet seine Ehefrau als sein Eigentum und verfügt nach Gutdünken über sie. Der geringere Wert des weiblichen Geschlechts im Islam zeigt sich schon im Kindesalter. Bereits kleine Mädchen werden gegenüber Buben benachteiligt.<sup>14</sup>

Ausdruck dieser systematischen Unterdrückung von Frauen und Mädchen sind das Kopftuch, die Gesichtsverhüllung, der Ausschluss vom öffentlichen und sozialen Leben usw. Die Unterdrückung, Entrechtung und Misshandlung von Mädchen und

<sup>13</sup> Motion 20.4568 Lorenzo Quadri. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20204568>

<sup>14</sup> Dazu Lailo Mirzo: Nur ein schlechter Muslim ist ein guter Muslim. Über die Unvereinbarkeit des Islam mit unserer Kultur, München 2018. Vgl. auch das Interview mit Laila Mirzo «Wer erzieht denn die jungen Männer?», Weltwoche, 18.12.2017.

Frauen macht selbst vor Zwangsheirat, Ehrenmord und Genitalverstümmelung nicht halt.

Und sie endet auch nicht an unseren Landesgrenzen. Die Versuche, einen aufgeklärten "Euro-Islam" zu schaffen, der solch archaische Vorstellungen und Verbrechen überwindet, sind bisher allesamt gescheitert. Das räumt selbst der Schöpfer des Begriffs, der deutsche Islamwissenschaftler und Politologe Bassam Tibi, ein.<sup>15</sup> Ein europäischer Islam – sprich: ein Islam, der die individuellen Menschen-rechte, die Glaubensfreiheit und die Trennung zwischen Religion und Politik anerkennt – habe sich trotz aller Bemühungen der letzten Jahrzehnte nicht verwirklicht.

Die ersten Leidtragenden dieser Weigerung des Islams, sich an die Rechtsstandards und die Werte der säkularen Demokratie anzupassen, sind die Mädchen und Frauen. Die im Islam vielfach praktizierte Geschlechtersegregation ist eine Form der Apartheid.<sup>16</sup> Wir müssen darum alles tun, um das Unrecht, das den Mädchen und Frauen im Namen des Islam angetan wird, Einhalt zu gebieten. Auf dem Rechts-territorium der Schweizerischen Eidgenossenschaft darf es keine systematische Benachteiligung aufgrund des Geschlechts geben.

**Um die Unterdrückung von Mädchen und Frauen zu stoppen, fordert die SVP:**

- ein Kopftuchverbot für Minderjährige sowie an den Schulen, um die Mädchen vor Sexualisierung, Stigmatisierung und Benachteiligung zu schützen<sup>17</sup>
- ein Kopftuchverbot für die Angestellten der Bundesverwaltung und der vom Bund kontrollierten Betriebe, die in Kontakt mit der Öffentlichkeit stehen<sup>18</sup>
- ein Verbot von Ehen mit Minderjährigen<sup>19</sup>
- eine Änderung der Rechtsgrundlagen dergestalt, dass bei Eheschliessungen, bei denen ein Ehepartner weniger als 16 Jahre alt ist, von Gesetzes wegen vermutet wird, dass der Straftatbestand der Zwangsheirat erfüllt ist<sup>20</sup>
- die konsequente Durchsetzung des Verhüllungsverbots
- ein Rayon- und Kontaktverbot sowie bei schwereren Fällen die Ausweisung von Männern, die weibliche Familienangehörige einsperren und misshandeln
- keine diskriminierende Sonderbehandlung von muslimischen Mädchen in Schulsport und Schwimmunterricht

<sup>15</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/bassam-tibi-ueber-den-euro-islam-bejahung-der-saekulaeren.886.de.html?dram:article\\_id=361560](https://www.deutschlandfunk.de/bassam-tibi-ueber-den-euro-islam-bejahung-der-saekulaeren.886.de.html?dram:article_id=361560)

<sup>16</sup> Das sagt Ruud Koopmans, Direktor der Abteilung «Migration, Integration, Transnationalisierung» am Wissenschaftszentrum Berlin sowie Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Vgl. Ruud Koopmans: Das verfallene Haus des Islam. Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt, München 2020, S. 101

<sup>17</sup> Vgl. die Argumentation der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes in ihrer Petition "Den Kopf frei haben!" <https://www.frauenrechte.de/images/downloads/kinderkopftuch/TDF-Unterschriftenaktion-Den-Kopf-freihaben.pdf>. Das Kopftuch für Mädchen seine eine Form des «Kindsmisbrauchs», sagt der Psychologe und Islamexperte Ahmad Mansour. <https://kurier.at/chronik/oesterreich/psychologe-ahmad-mansour-kopftuch-ist-kindesmissbrauch/400057790>

<sup>18</sup> Motion 20.4209 Jean-Luc Addor "Kopftuchverbot an den Schaltern der Bundesverwaltung und der vom Bund beherrschten Betriebe"

<sup>19</sup> Motion 20.3011 "Kinder- und Minderjährigenehen nicht tolerieren" der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

<sup>20</sup> Motion 19.4261 Therese Schläpfer "Kinderehen müssen konsequent bekämpft werden"

## 2.3 Die Moscheen als Brutstätten des Extremismus – Radikalisierung und Terror verhindern

Die Radikalisierung von in der Schweiz lebenden Muslimen findet meist im Umfeld von Moscheen und anderen muslimischen Einrichtungen statt. Das illustrieren etwa die aufsehenerregenden Fälle des libyschen Imams und Sozialhilfebetrügers von Biel und der seit Jahren mit extremistischen Gewalttätern in Verbindung stehenden An’Nur-Moschee in Winterthur.<sup>21</sup> "In Winterthur wächst eine neue Generation von Islamisten heran", warnt in diesem Zusammenhang der Tages-Anzeiger.<sup>22</sup> Der Dschihad-Nachwuchs aus Zürich sei "international bestens vernetzt".<sup>23</sup> So bestanden beispielsweise Kontakte der Winterthurer Szene mit dem Attentäter von Wien, der im November 2020 mitten in der Innenstadt 4 Menschen ermordete und 23 verletzte.<sup>24</sup>

Die Brutstätten des Extremismus finden sich verteilt über das ganze Land in allen Sprachregionen, vom Boden- bis zum Genfersee und von Basel bis ins Tessin.<sup>25</sup> Dabei ist eine zunehmende Radikalisierung festzustellen, die Muslime aus allen Herkunftsregionen betrifft. Muslime aus dem Balkan galten lange als vergleichsweise moderat, doch das sind tempi passati. Auch aufgrund des hohen Anteils von Personen aus Ex-Jugoslawien in der Schweiz stellen diese längst die grösste Gruppe von Radikalisierten – sogar von solchen, die bereit sind, in den Dschihad zu ziehen.<sup>26</sup>

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) registriert die Dschihad-Reisenden unter dem Titel "Terrorismus".<sup>27</sup> Im November 2020 verzeichnete der NDB 49 Risikopersonen und 92 "dschihadistisch motivierte Reisende".<sup>28</sup> Beunruhigend ist die Tatsache, dass die im Rahmen der Terrorabwehr («Dschihad-Monitoring») des NDB behandelten Fälle von «Gefährdern» allein von Mai bis November 2020 von 670 auf 690 gestiegen sind. Jeden Monat wachsen in der Schweiz also 3.33 neue potenzielle islamische Terroristen heran.

Das radikale Gedankengut greift auch auf Schweizer über, die zum Islam konvertiert sind. Der Islamismus breitet sich wie ein gefährliches Virus über unsere Gesellschaft aus. Der Mord am französischen Geschichtslehrer Samuel Paty auf offener Strasse am 16. Oktober 2020 in Paris ist ein Fanal, das die europäischen Demokratien bis ins Mark erschütterte – und das nach entschiedenen Massnahmen ruft. So ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch in der Schweiz Menschen aus islamitischen Motiven ermordet werden.

---

<sup>21</sup> <https://www.nau.ch/news/schweiz/bieler-imam-ramadan-hetzt-gegen-schweizer-unglaubliche-65655702>

<sup>22</sup> Online-Ausgabe vom 03.03.2021

<sup>23</sup> Tages-Anzeiger, 04.03.2021, S. 3

<sup>24</sup> <https://www.srf.ch/news/schweiz/terroranschlag-von-wien-wie-aktiv-ist-die-islamisten-szene-in-winterthur>

<sup>25</sup> <https://www.zhaw.ch/storage/hochschule/medien/news/studie-radikalisierung-de.pdf>, S. 14

<sup>26</sup> <https://www.zhaw.ch/storage/hochschule/medien/news/studie-radikalisierung-de.pdf>, Seite 15. Vgl. auch Saïda Keller-Messahli: Islamistische Drehscheibe Schweiz. Ein Blick hinter die Kulissen der Moscheen. Mit einem Vorwort von Ali Ertan Toprak, Zürich 2017, S. 23 («Gefahr aus dem Balkan»)

<sup>27</sup> <https://www.vbs.admin.ch/de/themen/nachrichtenbeschaffung/dschihadreisende.html>

<sup>28</sup> [https://www.vbs.admin.ch/de/themen/nachrichtenbeschaffung/dschihadreisende.detail.document.html/vbs-internet/de/documents/nachrichtendienst/dschihadreisende/2020/Zahlen\\_Dschihad\\_November\\_2020\\_d.pdf.html](https://www.vbs.admin.ch/de/themen/nachrichtenbeschaffung/dschihadreisende.detail.document.html/vbs-internet/de/documents/nachrichtendienst/dschihadreisende/2020/Zahlen_Dschihad_November_2020_d.pdf.html)



### **Um Radikalisierung und Terror zu verhindern, fordert die SVP:**

- griffigere Instrumente für die Verhinderung von Terror, wie sie teilweise im neuen Gesetz über Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) vorgesehen sind, wie Kontaktverbot, Ausreiseverbot, Meldepflicht, Hausarrest
- eine Sicherheitshaft für Dschihad-Rückkehrer<sup>29</sup>
- ein Verbot für ausländische Imame und Seelsorger
- ein Verbot der Finanzierung von Moscheen und anderen islamischen Einrichtungen aus dem Ausland

## **2.4 Islamistische Drehscheibe Schweiz – Einflüsse und Geldflüsse aus dem Ausland unterbinden**

Bundesrat und Parlament blockieren viele nötige Massnahmen, um das Problem mit dem islamischen Extremismus in den Griff zu bekommen. Doch in einem Punkt hat die Regierung die Zeichen der Zeit zumindest erkannt: "Verbesserungsbedarf besteht nach Auffassung des Bundesrates bei der Transparenz bezüglich der Finanzierung religiöser Einrichtungen", heisst es in der Antwort auf die Motion 20.4568 ("Der politische Islam soll auch in der Schweiz ein Straftatbestand werden") von Lega-Nationalrat und SVP-Fraktionsmitglied Lorenzo Quadri. Fragt sich nur, ob der Bundesrat aus dieser Einsicht auch die richtigen Konsequenzen zieht.

Die Islamkennerin Saïda Keller-Messahli weist seit Jahren auf die internationale Verflechtung der Schweizer Islamistszene hin. In ihrem Buch "Islamistische Drehscheibe Schweiz"<sup>30</sup> wagt sie einen "Blick hinter die Kulissen der Moscheen" und zeigt anhand konkreter Beispiele auf, wie sich die Islamisten in der Schweiz ausbreiten.<sup>31</sup> So bezeichnet sie etwa das harmlos klingende Musée des civilisations de l'islam in La-Chaux-de-Fonds als "Teil der europaweiten Infrastruktur zur Stärkung eines politischen Islam durch die Königreiche am Golf"<sup>32</sup>, in diesem Fall Kuwait und Katar. Keller-Messahli hat in zu dieser Problematik auch einen Beitrag zur deutschen Ausgabe des Buchs "Qatar Papers"<sup>33</sup> verfasst, welches die Einflussnahme des Golfstaats auf muslimische Einrichtungen in Europa untersucht.

Dabei speisen sich die islamistischen Strömungen in der Schweiz aus verschiedenen Quellen: aus dem Balkanraum, aus Saudiarabien (sogenannter Wahhabismus)<sup>34</sup>, aus der Türkei<sup>35</sup>, aus Ägypten und Nordafrika usw. Islamkennerin Keller-Messahli spricht in diesem Zusammenhang von "Infiltration" in die europäischen Länder und deren Gesellschaften.<sup>36</sup>

<sup>29</sup> Vgl. die abgelehnte Motion 19.3034 Roland Rino Büchel (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193034>)

<sup>30</sup> Saïda Keller-Messahli: Islamistische Drehscheibe Schweiz. Ein Blick hinter die Kulissen der Moscheen. Mit einem Vorwort von Ali Ertan Toprak, Zürich 2017

<sup>31</sup> Ebd., S. 23–51.

<sup>32</sup> Ebd., S. 35.

<sup>33</sup> Christian Quesnot/Georges Malbrunot: Qatar Papers. So beeinflusst der Golfstaat den Islam in Europa, Wien 2020

<sup>34</sup> Die Moschee im Genfer Quartier Petit-Saconnex ist eine der ersten in Europa, die mit Geld aus Saudiarabien finanziert wurde. Vgl. Keller-Messahli, S. 38.

<sup>35</sup> Der türkischen Religionsbehörde unterstehen in der Schweiz nicht weniger als 50 Moscheen. Vgl. Keller-Messahli, S. 45

<sup>36</sup> Ebd.

### **Um die Entwicklung der Schweiz zu einer Drehscheibe für Islamisten zur stoppen, fordert die SVP:**

- die Ausweisung von Imamen, die zu Gewalt aufrufen und den Terrorismus verherrlichen
- ein Verbot für neue ausländische Imame und Seelsorger
- ein Verbot der Finanzierung von Moscheen und anderen islamischen Einrichtungen aus dem Ausland
- eine Offenlegungspflicht bezüglich der Finanzierung von Moscheen und anderen islamischen Einrichtungen

## **2.5 Die schwierige Integration muslimischer Migranten – Politik der Nulltoleranz und Stärkung der Reformkräfte**

Die Integration muslimischer Migranten bereitet den Aufnahmeländern rund um den Globus erhebliche Probleme. "Migranten aus muslimischen Ländern sind in fast allen Dimensionen der Integration die Schlusslichter", bilanziert der angesehene Migrationsforscher Ruud Koopmans.<sup>37</sup> In der Schweiz betrifft das neben den Türkischstämmigen besonders auch die Kosovaren.<sup>38</sup>

Faktoren, die die Integration muslimischer Migranten behindern, sind fehlende Sprachkenntnisse, unzureichende Bildung, hohe Geburtenraten, die wirtschaftliche Ausgrenzung von Frauen und die soziale Segregation. Das heisst: Muslime bleiben lieber unter sich, verheiraten sich weniger als Angehörige anderer Religionsgruppen mit den Einheimischen und tragen so ihre Integrationsdefizite oft von einer Generation zur nächsten. Die Wissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von einem "intergenerationellen Teufelskreis".<sup>39</sup>

Neben diesen sozioökonomischen Problemen spiegeln sich auch die Unterdrückung von Minderheiten und die gewalttätigen Konflikte, welche die islamische Welt prägen, im Migrationskontext wider.<sup>40</sup> Muslime neigen mehr als andere Bevölkerungsgruppen dazu, die Freiheit anderer mit Drohung und Gewalt einzuschränken: "In der islamischen Welt ist solche Gewalt weit verbreitet und hat in vielen Ländern sogar eine rechtliche Grundlage, etwa wenn es um die Bestrafung von Blasphemie, Abtrünnigkeit, Homosexualität oder Sex ausserhalb der Ehe geht."<sup>41</sup>

Das zeigt sich dann auch in den Einwanderungsländern, etwa in der Hetze und Gewalt gegen spezifische Gruppen wie Frauen, Juden oder Homosexuelle.<sup>42</sup> Nehmen wir das Beispiel der häuslichen Gewalt und von Tötungsdelikten in der Familie. Hier sind die

<sup>37</sup> Koopmann, S. 190

<sup>38</sup> Ebd., S. 197

<sup>39</sup> Ebd., S. 209

<sup>40</sup> Ebd., S. 190

<sup>41</sup> Ebd., S. 210

<sup>42</sup> Ein Beispiel aus der Schweiz ist der vormalig in Basel tätige islamische Prediger Ardian Elezi. <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/hetze-gegen-juden-und-homosexuelle-und-instrumentalisierte-den-tod-eines-jungen-umstrittener-imam-zieht-weg-ld.1394528>. In unserem Nachbarland Frankreich wurde die jüdische Bürgerin Mireille Knoll, die als Kind den Holocaust überlebt hatte, von Islamisten mit mehreren Messerstichen umgebracht. <https://www.nzz.ch/international/der-neue-judenhass-frankreich-muss-sich-diesem-problem-stellen-ld.1399463?reduced=true>. Das Problem zeigt sich auch in Deutschland. "Gewalt gegen Homosexuelle hat in Berlin in den letzten Jahren stark zugenommen. Der kulturelle Hintergrund dieser Taten wird gerne verdrängt – weil er mit Islamismus und Migration zu tun hat", schreibt die NZZ. <https://www.nzz.ch/international/schwulenhass-islamismus-und-realitaetsverweigerung-in-neukoelln-ld.1586497?reduced=true>.

ausländischen Beschuldigten und Täter deutlich über-repräsentiert. So gehören 46 Prozent der wegen häuslicher Gewalt beschuldigten Personen in der Schweiz zur ständigen ausländischen Wohnbevölkerung, obwohl diese Gruppe nur 25 Prozent der Schweizer Bevölkerung ausmacht.<sup>43</sup>

Noch extremer ist es bei den familiären Tötungsdelikten: Das Risiko ausländischer Frauen, von ihrem Partner getötet zu werden, ist sieben Mal so hoch wie das von Schweizer Frauen.<sup>44</sup> Leider sind auch in diesen Statistiken muslimische Immigranten – und zwar sowohl solche der ersten wie der zweiten Generation – "stark über-repräsentiert".<sup>45</sup>

Der Ausbruch aus diesem Teufelskreis aus Rückständigkeit, Fanatismus und Gewalt wird nach den Erfahrungen und Recherchen von Saïda Keller-Messahli dadurch erschwert, dass die Schweizer Behörden oft blauäugig bis naiv mit den Repräsentanten des "offiziellen" Islam zusammenspannen<sup>46</sup> – etwa mit der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ) –, welche die erzkonservativen und integrationsverhindernden Ansichten und Praktiken noch fördern, statt sie zu bekämpfen. So äusserte der Dachverband VIOZ "grosse Empörung" über das demokratische Ja zum Verhüllungsverbot und verstieg sich zur absurden Aussage, es sei ein "Rückzug in die Vergangenheit".<sup>47</sup> Kommentar überflüssig.

**Um die eklatanten Integrationsdefizite muslimischer Immigranten zu bekämpfen, fordert die SVP:**

- eine selektive, auf die Bedürfnisse und Interessen der Schweiz ausgerichtete Einwanderungspolitik
- eine Ausweis- und Identifikationspflicht für alle Personen, die ein Asylgesuch stellen
- eine Politik der Nulltoleranz gegenüber jeder Infragestellung des Rechtsstaats
- Wirksame Sanktionen für Familien oder einzelne, die sich innerhalb und ausserhalb der Schule weigern, die Schweizer Umgangsformen und Gepflogenheiten zu akzeptieren
- keine Gebetsräume an Schulen und Universitäten<sup>48</sup>
- keine Kooperation mit Islamverbänden, die radikales Gedankengut verbreiten
- die Stärkung von Reformkräften, die einen Islam im Einklang mit unserem Rechtsstaat und unseren Werten vertreten<sup>49</sup>

<sup>43</sup> Ebd., S. 220

<sup>44</sup> Ebd., S. 221

<sup>45</sup> Ebd., S. 223

<sup>46</sup> Keller-Messahli, S. 91. Dazu auch das Kapitel «Der einsame Kampf der Progressiven», S. 94-102. Aus der internationalen Forschung: Shiraz Maher/Martyn Frampton: Choosing our friends wisely. Criteria for engagement with Muslim groups, London 2009

<sup>47</sup> <https://vioz.ch/medien-ueber-vioz/annahme-der-volksinitiative-zum-verhuellungsverbot-vom-07-03-2021/>

<sup>48</sup> Valentina Smajli, Co-Präsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam, sagte dazu im «Blick» vom 15.1.2015: «Die Gebetsräume gehören nicht zum Leistungsauftrag einer Schule und erschweren eine erfolgreiche Integration durch Segmentierung.»

<sup>49</sup> Ein Beispiel ist das Forum für einen fortschrittlichen Islam.

### **3. Fazit und Zusammenfassung der Forderungen**

Die Schweiz sieht sich – wie andere Aufnahme­länder auch – durch eine rasant wachsende Zahl von Muslimen konfrontiert, die in praktisch allen relevanten Kriterien der Integration die Schlusslichter bilden. Zugleich nimmt die Radikalisierung durch islamische Fundamentalisten zu. Und damit die Bereitschaft zu Gewalt gegenüber spezifischen Gruppen wie Frauen, Juden oder Homosexuellen sowie gegen "Ungläubige". Wie der Bundesnachrichtendienst festhält, bleibt die Terrorgefahr durch Islamisten in der Schweiz seit 2015 erhöht.<sup>50</sup>

Die Politik hat bisher keine adäquaten Mittel gefunden, um diese unheilvolle Dynamik zu durchbrechen. Im Gegenteil: Europaweit wachsen die Probleme im Zusammenhang mit dem Islam und dem Islamismus. Die Schweiz ist dringend gefordert. Denn auch hierzulande wittern die Feinde des Rechtsstaats und der offenen Gesellschaft Morgenluft. Bereits sind auf dem Boden der Eidgenossenschaft islamitisch motivierte Attentate verübt worden. Und immer mehr Muslime drohen abgehängt zu werden, weil sie grosse Mühe haben, sich zu integrieren.

Integration ist keine Pflicht des Staates, sondern in erster Linie eine Bringschuld der Immigranten. Nur wenn sie selbst alle erforderlichen Anstrengungen unternehmen, kann Integration gelingen. Dasselbe gilt für die dringend nötige "Entfundamentalisierung" des Islam. Dazu schreibt Prof. Koopmans: "Der erste und vielleicht wichtigste Beitrag zu einer Lösung ist anzuerkennen, dass die Hauptursache für die Probleme der islamischen Welt nicht ausserhalb des Islam, bei der Islamophobie, dem israelisch-palästinensischen Konflikt oder beim westlichen Kolonialismus, sondern in der Mitte der islamischen Gesellschaft selbst liegt, in Form einer weit verbreiteten intoleranten Glaubensauffassung, die mit Hass und Gewalt gegen Andersgläubige einhergeht."<sup>51</sup> Dies gelte auch im Hinblick auf die Integrationsprobleme konservativ-religiöser Muslime in westlichen Einwanderungsgesellschaften.

Die Schweiz kann nicht warten, bis dieser Prozess der Selbsterkenntnis in den muslimischen Gesellschaften vielleicht irgendwann greift. Bundesrat und Parlament müssen die akuten Probleme entschlossen anpacken, wenn sie verhindern wollen, dass der Rechtsstaat und unsere freiheitlichen Werte gefährlich ausgehöhlt und Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Die SVP setzt sich mit aller Kraft für die Verteidigung der Demokratie, der Menschenrechte und der offenen Gesellschaft ein. Sie bekämpft entschieden die totalitäre Ideologie und die intolerante, rückständige Glaubensauffassung, die weite Teile der muslimischen Welt beherrschen.

---

<sup>50</sup> Sicherheit Schweiz 2020. Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes, S. 35

<sup>51</sup> Koopmans, S. 243

**Um die Probleme mit dem Islam und dem Islamismus in der Schweiz unter Kontrolle zu bekommen, müssen die konkreten, zielgerichteten Forderungen der SVP konsequent umgesetzt werden.**

**Dazu zählen insbesondere:**

- die Einführung eines Islamgesetzes
- ein Verbot des politischen Islam
- ein Verbot für ausländische Imame und Seelsorger
- ein Kopftuchverbot für Minderjährige und Angestellte der Bundesverwaltung, die im Austausch mit der Öffentlichkeit stehen
- keine diskriminierende Sonderbehandlung von muslimischen Mädchen in Schulsport und Schwimmunterricht
- die Möglichkeit von Kontakt- und Ausreiseverboten, Meldepflicht sowie Hausarrest für "Gefährder"
- eine Sicherheitshaft für Dschihad-Rückkehrer
- ein Verbot der Finanzierung von Moscheen und anderen islamischen Einrichtungen aus dem Ausland
- eine selektive, auf die Bedürfnisse und Interessen der Schweiz ausgerichtete Einwanderungspolitik
- keine Kooperation mit Islamverbänden, die radikales Gedankengut verbreiten
- die Stärkung von Reformkräften, die einen Islam im Einklang mit unserem Rechtsstaat und unseren Werten vertreten